

PRESSEINFORMATION | 21. MÄRZ 2023

Jugendkreistag Mansfeld-Südharz:

Bereits zum sechsten Mal erleben Schülerinnen und Schüler Kommunalpolitik hautnah

Wie funktioniert Kommunalpolitik? Was machen die Mitglieder des Kreistages eigentlich? Und wie setzen der Landrat und die Verwaltung die Beschlüsse um? Antworten auf diese Fragen soll der Jugendkreistag geben. Am 23. März 2023 ist es wieder soweit: bereits zum sechsten Mal tagen Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulen in der Mammuthalle.

Sechs Schulen sind in diesem Jahr dabei: die Katharinenschule Eisleben, das Humboldt-Gymnasium Hettstedt, die Sekundarschule „Heinrich Heine“ aus Sangerhausen und die Sekundarschulen Roßla und Röblingen sowie die Förderschule „Pestalozzi“ Sangerhausen.

Ablaufen wird der Jugendkreistag wie jede Kreistagssitzung: neben der Eröffnung und Leitung der Sitzung durch den Kreistagsvorsitzenden Jürgen Lautenfeld wird auch Landrat André Schröder dabei sein und unter anderem einen Bericht zu aktuellen Themen halten.

„Junge Menschen an die Kommunalpolitik heranzuführen, ist mir ein wichtiges Anliegen“, sagte Landrat Schröder. „Das ist Demokratie-Schule. Die im Jugendkreistag gefassten Beschlüsse sollen auch umgesetzt werden. Demokratie lebt vom Machbaren.“ Schröder verwies darauf, dass im Haushalt des Landkreises 20.000 Euro für die Umsetzung der Beschlüsse eingeplant sind. „Die Schüler haben wie ‚echte‘ Politiker ein begrenztes Budget.“

Welche Beschlüsse am Ende durch den Landkreis umgesetzt werden können, hängt vom jeweiligen Votum ab. Jede Schule hat wieder eine Fraktion gebildet und entsprechende Beschlussvorlagen erarbeitet und wurde dabei von Paten aus dem Kreistag unterstützt. Die vorgelegten Ideen reichen von klassischen Themen wie unter anderem Outdoorsportgeräten oder gebührenfreien Schließfächern bis hin zu neuen und innovativen Vorschlägen wie Geocaching-Touren und Automaten für Hygieneartikel.

In der Pause gibt es noch ein Dialogforum zum Thema „Was ich schon immer über Kommunalpolitik wissen wollte...“. Dieses wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ gefördert.